



**Der Weiterbau droht:
Gerichtsverhandlung
über die Baugeneh-
migung 1. - 5. Okt.
Schleswig**

Kontakte:

Prozeßgruppe Brokdorf c/o
Paulsen, Arentsee,
2211 Brokdorf, Tel. 04858/538

Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU
Hamburg c/o Laden, Lutteroth-
str. 33, 2000 Hamburg 19,
Tel. 040/402782

DER WEITERBAU DROHT!

Was ist bisher geschehen und weshalb wird verhandelt ?

Wieder ist eine Gerichtsverhandlung wegen Brokdorf anberaumt. Das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht (VG-SL) will vom 1. - 5. 10. 79 in Schleswig einen Termin im Hauptsacheverfahren (über die Rechtmäßigkeit der 1. Teilerrichtungsgenehmigung, TEG) durchführen. (Zur Erinnerung: Vorangegangen war im Dezember 1976 und Oktober 77 das vorläufige Eilverfahren, in dem der bis heute bestehende Baustopp verfügt worden war.) Es rührt sich also wieder etwas in Brokdorf -

ja, was eigentlich? Und warum jetzt?

Das Verwaltungsgericht ist von der KKW Brokdorf GmbH (HEW und NWK) und KWU gedrängt worden, wieder tätig zu werden. Wir wollen Vermutungen über die Hintergründe dieses neuen Vorstoßes darlegen und versuchen, die gegenwärtige Situation einzuschätzen. Doch zunächst ein Abriß der Auseinandersetzung um das AKW Brokdorf:

- Gegen die atomrechtliche Genehmigung protestierten 31 178 Bürger mit ihrer Unterschrift, viele Bürgerinitiativen und Vereine im Namen von 40 000 Mitgliedern und 160 Bürger mit eigenen Einsprüchen.
- Gegen die wasserrechtliche Genehmigung legten 5 800 Menschen Einspruch ein.
- Am 25. 10. 76 erteilte die Schleswig-Holsteinische Landesregierung die 1. TEG für das AKW Brokdorf mit der sofortigen Vollziehbarkeit, d. h. danach durfte mit dem Bau begonnen werden, bevor das Gericht entschieden hat, ob der Bau und Betrieb des AKW rechtmäßig ist. Es erfolgte sofort der Baubeginn in einer Nacht- und Nebelaktion. Unter Polizeischutz wurde die "Festung" Brokdorf errichtet.
- Am 30. 10. 76 demonstrierten etwa 8000 Menschen gegen den Baubeginn und besetzten für einige Zeit einen Teil des Bauplatzes.
- Am 31. 10. 76 demonstrierten etwa 4000 Menschen gegen den Baubeginn und das Vorgehen der Polizei am Vortage.
- Am 13. 11. 76 demonstrierten etwa 45 000 Menschen und versuchten, erneut den Bauplatz zu besetzen.
- Neun Einzelpersonen und drei Gemeinden klagten gegen den Bau. Die Klage gegen die 1. TEG wurde zusammen mit einem Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage (Baustopp) am 25. 11. 76 beim VG-SL eingereicht.

- Am 17. 12. 76 verfügte das VG-SL einen vorläufigen Baustopp bis zur mündlichen Verhandlung im Februar.
- Am 18. 12. 76 demonstrierten Bauern mit ca. 90 Schleppern gegen das AKW.
- Am 9. 2. 77 wurde der Baustopp in der mündlichen Verhandlung bestätigt. Über die Klage der Gemeinden wurde noch nicht entschieden. Gegen diesen Entscheid legten HEW, NWK und KWU und KKW Brokdorf GmbH beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG-LG) Beschwerde ein.
- Am 19. 2. 77 demonstrierten etwa 60 000 Menschen auf zwei Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe gegen das AKW Brokdorf.
- Am 5. 8. 77 errichteten Bürgerinitiativen aus dem norddeutschen Raum ein Bewachungslager am AKW-Bauplatz in Brokdorf. Das Lager hatte große

Sympathien in der umliegenden Bevölkerung und wurde von ihr auch materiell unterstützt. Es gelang der Landesregierung nur mit einem riesigen Polizeiaufgebot (700), das Lager am Vormittag des 9. 8. zu räumen, nachdem die meisten AKW-Gegner wieder zur Arbeit mußten.

- Im Oktober 1977 bestätigte das OVG-LG den Baustopp aus der ersten Instanz. Allerdings benannte es auch Bedingungen für einen möglichen Weiterbau: Es muß ein prüfungsfähiger Antrag für ein Zwischenlager (Ahaus) eingereicht sein, und die geologischen Untersuchungen für ein Endlager (Gorleben) müssen "eingeleitet" sein.

Viele tausend Menschen im ganzen Bundesgebiet bringen seit ca. 3 Jahren ihren Protest gegen den Bau von Atomanlagen durch verschiedene Aktionen wie Veranstaltungen, Büchertische, Stromzahlungsboykott, Kundgebungen, Sabotageakte usw. zum Ausdruck.

Die politische Situation

Harrisburg hat zwar den Atombefürwortern einen schweren Schlag versetzt, sie glauben aber offensichtlich, daß darüber bereits wieder genug Gras gewachsen ist, daß sie, um keine weitere Zeit zu verlieren, einen neuen Vorstoß wagen können. Sie bauen dabei offensichtlich auf ihre sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe in Harrisburg angelaufene Verharmlosungspropaganda. ("Ein solcher Unfall ist bei uns nicht möglich. Der Unfall zeigt, daß auch solche Ereignisse beherrscht werden. Es ist niemand zu Schaden gekommen." usw.) Auch scheinen neuere Meinungsumfragen einen entsprechenden Trend zu zeigen. ("Das Öl wird knapp, deshalb brauchen wir trotz allem Atomenergie.")

Die BRD-Reaktorindustrie (vor allem die Kraftwerk Union KWU) ist in einer schwierigen Situation. Verzögerungen im AKW-Bau und vor allem das Scheitern des Projektes im Iran hat sie bereits kurz nach Harrisburg veranlaßt, eindringliche Appelle um Unterstützung an Politiker und Öffentlichkeit zu richten. Sie braucht dringend Aufträge. Es wird jetzt Zeit für die staatliche Politik zu entscheiden, ob man die Reaktorindustrie am Leben erhält oder nicht. Schmidt hat sich offen für ihr Weiterbestehen entschieden, und es wird auf der politischen Ebene zunehmend von Weiterbau und neuen Baugenehmigungen geredet.

Die sogenannte Energiekrise

Die Elektrizitätsunternehmen haben, sicher auch als Reaktion auf Harrisburg, eine neue Propaganda-Offensive gestartet. Die Energieform Elektrizität (vor allem Atomstrom) soll (wieder mal) der Bevölkerung schmackhaft gemacht werden und als unumgänglich dargestellt werden ("Eine Lebensfrage: Strom"). Was neu ist: Auf einmal wird die Verwendung der Elektrizität zur Wärmeerzeugung im Haus (Heizung, Warmwasser etc.), energie-

wirtschaftlich ein ungeheurer Unsinn *), im großen Stil als Energiesparen hingestellt, weil Strom ja Öl sparen kann (!!!). Eine, wie es scheint, neue Gewohnheit der Bevölkerung, an kühlen Tagen im Frühjahr, Sommer und Herbst nicht die Ölheizung in Betrieb zu nehmen, sondern sich mit Heizlüftern zu behelfen, kommt dieser Propaganda noch entgegen, die geschickt die Ölhysterie auszunützen versteht.

*) Im Kraftwerk wird zuerst Wärme erzeugt (aus Kohle, Öl, Uran, Gas ...) und daraus mit einem Verlust von ca. 70 % (d. h. nur 30 % werden genutzt) elektrische Energie hergestellt. Bei her-

kömmlichen E-Heizungen, Warmwasserbereitern etc. wird dann diese Energie direkt wieder in Wärme umgesetzt - so daß aus den anfänglichen 100 % Wärmeenergie jetzt 30 % geworden sind, die genutzt werden.

Die multinationalen Ölkonzerne scheinen das zunehmend unsicherer werdende Ölzeitalter langsam einfrieren und dabei kräftig absahnen zu wollen, denn die Ölversorgung war nie eingeschränkt, nur die Preise wurden unter fadenscheinigen Begründungen (der Iran ist ausgefallen, OPEC-Preiserhöhung) immens in die Höhe getrieben.[†]) Eine daraus resultierende Stagnation des Ölabsatzes und Ersatz von Öl durch z. B. Atomenergie können sich die Ölkonzerne deshalb erlauben (und treiben es selbst voran), weil sie (ebenso wie bei anderen Energieträgern) längst im Urangeschäft stecken (Beispiel: Esso - Exxon Nuclear). Das liegt zum

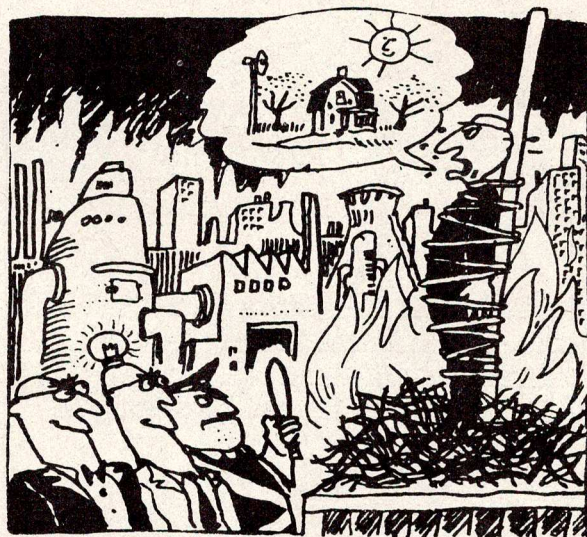


Die Bedeutung eines Urteils zu Brokdorf

Den Politikern in der BRD kommt sicher nicht ungelegen, wenn mit dem überraschend festgesetzten Gerichtstermin und der dann fallenden Entscheidung die jetzt völlig auf Gorleben (und zentrale Demonstrationen, wie in Bonn Mitte Oktober) fixierten AKW-Gegner überrumpelt werden, d. h. wenn durch plötzliches Auftauchen an einer anderen Front ein Überraschungsvorteil erzielt werden kann. Weiterhin könnte es sein, daß das VG-SL jetzt ein Urteil fällt, das der neuen Entsorgungsstrategie der Regierung (Bau von mehreren Zwischenlagern, Tiefbohrungen in Gorleben und WAA in 20 Jahren) entgegenkommt. Für die Politiker te das den Vorteil, daß ihre Strategie bestätigt, propagiert und noch einmal legitimiert wird und das Startzeichen für neue AKW-Genehmigungen unter diesen geänderten Bedingungen gegeben wird. Es ist andererseits auch nicht ausgeschlossen, daß ein Urteil des Gerichtes, das das Projekt Brokdorf verwirft, den Politikern auch nicht ungelegen käme. Es wäre zwar dann eine empfindliche Niederlage für sie, würde aber einen für sie vielleicht nicht mehr beherrschbaren Konflikt (je nach Einschätzung) vermeiden helfen [⊕]) - schon im schleswig-holsteinischen Wahlkampf wollte keiner das AKW Brokdorf gewollt haben - , und der Rückzug wäre ihnen ohne übermäßigen Gesichtsverlust ermöglicht.

einen daran, daß die OPEC-Länder ihren einzigen Besitz immer teurer verkaufen, so daß das Öl für die Industrieländer weniger attraktiv (profitabel) wird, und zum anderen daran, daß man die Ölpreise durch Einfrieren oder Senkung der Nachfrage stabilisieren kann (Druck auf OPEC) und dadurch die Profite aus dem Öl langfristiger sichern kann. Die Preistreiberei der Ölkonzerne ist Bestandteil dieser Strategie. Das heißt also, daß man eine Strategie von den Ölkonzernen vermuten muß, die die Energieverbraucher auf den Gebieten, wo Öl jetzt schon leicht durch (Atom-)strom ersetzbar ist (Haushaltswärme), langsam vom Öl abbringt, auf den Gebieten aber, wo die Ersetzung jetzt nicht sofort möglich ist (Auto), einstweilen noch in Ruhe läßt, damit auf diesen Gebieten noch langfristig abgesahnt werden kann. (Eine kleine Verunsicherung schadet nichts, dann zahlen die Verbraucher bereitwillig höhere Preise.) Ein Indiz für eine solche Strategie könnte darin zu sehen sein, daß der Heizölpreis um 100 % , der Benzinpreis aber nur um 10 % erhöht worden ist.

Wie der Prozeß aber auch ausgeht - die Entscheidung des Gerichts und unsere Reaktion darauf stellen eine wichtige Phase im Kampf gegen Atomanlagen in der BRD dar. An dieser bedeutenden Stelle dürfen wir kein Terrain verlieren.



[†]) Den spekulativen Charakter der Preise macht z. B. die Tatsache klar, daß das weniger veredelte Heizöl am Rotterdamer Ölmarkt zeitweise teurer war als das hochveredelte Superbenzin.

[⊕]) Ein Unterschied zur Situation vor 3 Jahren ist, daß die Regierungen heute bereit sind, auch ihr gesamtes militärisches Potential gegen die Bevölkerung einzusetzen (Grohnde, Kalkar, Besetzung des Landkreises Lüchow-Dannenberg durch BGS- und Polizeitruppen).

Brokdorf ist ein Symbol

Brokdorf ist - nach Wuhl - zu einem Symbol des bundesweiten Widerstandes gegen Atomanlagen geworden. Die Entschlossenheit vieler Menschen, gegen den Bau des AKWs auch praktisch vorzugehen (Versuch von Bauplatzbesetzung), hat eine so große politische Kraft entwickelt, daß man sich gezwungen sah, den Bau zu stoppen, um nicht einen "Bürgerkrieg" zu riskieren. Dies war für die Betreiber eine empfindliche Niederlage und gleichzeitig ein großer Erfolg der Anti-AKW-Bewegung. Ganz sicher ist das jetzt anberaumte Gerichtsverfahren ein Versuchsballon - um nämlich

zu testen, was von dem einst so mächtigen und damals unerwartet starken Widerstand gegen das AKW noch lebendig ist, auf was sich die Politiker und die Atomindustrie jetzt und künftig einzustellen haben. Ein Erfolg der Betreiber an der Stelle Brokdorf hätte auch einen sehr großen Symbolcharakter und würde eine große Resignation in der Anti-AKW-Bewegung bewirken. Was in der nächsten Zeit geschieht - wie das Gerichtsverfahren ausgeht, und was dann passiert - , wird von entscheidender Bedeutung für den gesamten Widerstand sein.

Konsequenzen für unser Handeln

Eins ist sicher: Die Entscheidung um Brokdorf, auch die Gerichtsentscheidung, wird auf der politischen Ebene fallen (vielleicht steht sie schon fest), nicht aufgrund noch so kluger wissenschaftlicher Argumente vor Gericht. Das politische Klima aber ist bestimmt von der Zuspitzung des Energieproblems, indem die Ölgesellschaften bewußt eine Hysterie geschürt

haben und es wohl auch nicht auszuschließen ist, daß die Elektrizitätsunternehmen (mit Stromabschaltungen o. dgl.) sich dem anschließen werden, um endgültig eine positive Entscheidung über die Zukunft der Atomenergie herbeizuführen. Dies alles müssen wir im Kopf behalten und dürfen nicht vergessen, daß eine Entscheidung über Brokdorf in dieser Situation von großer Tragweite ist.

Deshalb müssen wir den drohenden Weiterbau in Brokdorf in das Bewußtsein der Menschen bringen. Dabei müssen wir klarmachen, daß wir ein Urteil, das den Bau zuläßt, nicht hinnehmen werden.

Wir fordern deshalb alle Bürgerinitiativen und AKW-Gegner auf, in diesem Zusammenhang aktiv zu werden (Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, Prozeßbesuch, Vorbereitungen für ein Vorgehen gegen den Weiterbau usw.).

In Hamburg hat sich eine Gruppe zusammengefunden, die die Aktivitäten zu Brokdorf vor und nach dem Prozeß koordinieren soll. Die Mitarbeit von vielen Leuten ist dringend erforderlich !!!!!!! Kommt massenhaft !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!! Treffpunkt ist dienstags um 18 Uhr (pünktlich) im Laden Lutterothstr. 33, Hamburg 19.

Nach dieser O-Nummer sollen weitere Prozeß-Infos erscheinen:

- Nr. 1 soll unser geplantes Vorgehen vor Gericht bekanntmachen (Ergebnis der Diskussion mit den Klägern),
- Nr. 2 soll die "inhaltlichen" Vorbereitungen darstellen, und
- weitere Infos während des Prozesses sollen die aktuellen Ereignisse darstellen und kommentieren.

Diese Infos können bei uns bestellt werden. Ein Aufkleber zum Prozeß im Format A 6 kann ebenfalls bei uns bestellt werden.

Kontaktadresse: Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU Hamburg, c/o Lutterothstr. 33, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/402782. Konto: Postscheckamt Hamburg, Nr. 2023 22 - 208.

P. S. Wir erbitten dringend Spenden für die jetzt anfallenden Unkosten! (Stichwort: Brokdorf) Bei Bestellungen den Betrag mit Absender im voraus überweisen! (Preise: für die Infos 0,15 DM, für den Aufkleber ca. 0,05 DM.)